Norddeutsche Allgemeine Zeitung

Inserate übernehmen auswärtsalb Berlins: Bonn: M. Cohen. — Bremen: E. Schlotte. Wilh. Scheller. — Stettin: S. Salomon. — Frankfurt a. M.: G. L. Daube & Co. — Hamburg: Haasenstein & Vogler, Joh. Nootbaar, Adolf Steiner, William Wilkens. — Görlitz: C. Schoenwald. — Mainz: D. Frenz. — Minden: C. Marowski. —

Abend-Ausgabe.

Wien: M. Dukes, I., Wollzeile No. 6.—S. A. Oppelik, I., Stubenbastei 2. — Frankreich, England und Belgien: Allgemeine Annahme bei der Compagnie générale de Publicité Etrangère, John F. Jones & Cie. in Paris, 31bis rue du Faubourg Montmartre. — Schweiz: Orell Füssli & Co., Zürich.

Nr. 210. [32. Jahrgang.] Berlin, Freitag den 5. Mai 1893, Abends. [32. Jahrgang.] Nr. 210

Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung" erscheint täglich Morgens und Abends, mit Ausnahme von Sonntag Abend und Montag Morgen; bei besonderen Ereignissen in Extra-Ausgaben. Der Abonnementspreis beträgt für das Deutsche Reich und die österreichisch-ungarische Monarchie vierteljährlich **7 Mark 50 Pf., für das übrige Ausland mit dem entsprechenden Postaufschlag. Abonnements werden bei den betreffenden Postanstalten angenommen. Für Berlin** nehmen **sämmtliche Zeitungs-Spediteure** und die **Expedition** dieser Zeitung, **Wilhelmstraße 32,** Abonnements vierteljährlich zum Preise von **7 Mark 50 Pf.,** sowie die **Post-Expeditionen** für **8 Mark** inkl. Bestellgebühr entgegen. Preis der einzelnen Nummer 10 Pf. Inserate nimmt die Expedition zum Preise von **40 Pf.** pro fünfgespaltene Petitzeile an. Beiträge für die **Redaktion** der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung" sind an diese: **Berlin 48, SW. Wilhelmstraße 32,** zu richten, **und wird gleichzeitige Honorarangabe erbeten.**

Fernsprech-Anschluß Amt 6 Nr. 3248. Nachträgliche Honoraransprüche finden keine Berücksichtigung; unbenutzte Einsendungen können nicht aufbewahrt werden. **Fernsprech-Anschluß Amt 6 Nr. 3248.**

Politischer Tagesbericht.

Berlin, 5. Mai.

Das Leitmotiv, auf welchem der Abg. **Richter** seine gestrige mehr lange als große Rede aufgebaut hatte und durch welche er seine Ablehnung der Militairvorlage und des Antrags Huene glaubte hauptsächlich rechtfertigen zu können, lautete dahin, daß alle früheren Militairvorlagen durch ganz dieselben Anführungen begründet worden seien, wie die gegenwärtige, und daß die für die letztere geltend gemachten Gründe eventuell auch ausreichen würden, um noch viel weiter gehende Forderungen zu motiviren, als sie gegenwärtig gestellt werden.

Wir wollen nicht mit Herrn Richter darüber rechten, ob seine Behauptung buchstäblich dem Sachverhalt entspricht. Im Großen und Ganzen werden allerdings Vorlagen dieser Art immer nur durch die gleichen oder verwandte Gründe zu motiviren sein. Erscheint also schon in der Hauptsache der vom Abgeordneten Richter als Ursache seiner Ablehnung herangezogene Umstand verfehlt, so hat derselbe andererseits leider unterlassen, seinen Gedanken bis zum Ende zu verfolgen und die letzte Konsequenz daraus zu ziehen, daß Militairvorlagen stets gewisse innere Aehnlichkeiten mit einander haben werden.

Der parlamentarische Führer des Deutschfreisinns hat nämlich die für seine Auseinandersetzungen in erster Reihe gewichtige Thatsache ganz außer Acht gelassen, daß alle früheren Militairvorlagen, trotz ihrer Herrn Richter anstößigen gleichartigen Begründung, entweder vom Reichstage selbst oder, falls dieser zögerte, von den Wählern angenommen worden sind.

Die Gleichartigkeit der Begründung hat bisher nicht verhindert, daß die letzte betragte Instanz deren Nothwendigkeit anerkannte, und, sofern der Abgeordnete Richter seinen historischen Gedanken zu Ende gedacht hätte, wäre er für sich, oder wenigstens für seine, dem Antrage Huene geneigten Parteigenossen vielleicht doch zu ganz anderen Schlußfolgerungen gekommen, als die seinigen waren.

In der heutigen (90.) **Plenarsitzung** des **Reichstages** erhielt bei Fortsetzung der zweiten Berathung der Militairvorlage zuerst Abg. Frhr. v. Manteuffel das Wort. Er charakterisirte die gestrige Rede des Abg. Richter als eine zum Hause hinaus gesprochene Wahlrede und ging auf einzelne Punkte derselben ein, welche Angriffe gegen die Konservativen enthalten. Namentlich wies er die ohngefähre Forderung als ganz deplacirt zurück, daß die Konservativen die sogenannte Branntweinsteuer-Liebesgabe von 40 Millionen zur Sicherheit des Vaterlandes opfern sollten. Die Behauptung des Abg. Richter, daß das Volk unter dem Drucke immer neuer Steuern, der Forderung von immer mehr Soldaten und neuer Straf- und Polizeigesetze leide, werde im Volke selbst keinen Eindruck machen. Wunderbar sei das Erscheinen der sonst stets abwesenden reichsländischen Abgeordneten in diesem Augenblicke, um gegen die Vorlage zu stimmen, während dieselbe doch hauptsächlich zum Schutze von Elsaß-Lothringen bestimmt sei. Die Konservativen stünden prinzipiell noch heute auf dem von ihnen bei der ersten Lesung dargelegten Standpunkte. Aber da sie sich der Einsicht nicht verschließen könnten, daß die Beibehaltung der dreijährigen Dienstzeit bei Erhöhung der Präsenzstärke sehr große Kosten verursachen würde, so hätten sie sich für die Regierungsvorlage entschieden, und sie würden auch für den Antrag v. Huene stimmen, obwohl derselbe zweifellos eine Verschlechterung der Regierungsvorlage enthalte. Sie würden dabei allein geleitet von den Rücksichten auf die allgemeinen Interessen des Vaterlandes. Abg. Dr. Lieber betonte den bezüglichen Bemerkungen des Vorredners gegenüber, daß den Gegnern der Vorlage die Ablehnung wahrlich nicht leicht werde, und begründete den Antrag der Zentrumsfraktion, der unter dem Namen des Grafen Preysing (Straubing) eingebracht ist. Er beklagte sich dabei zunächst bitter über die unpatriotische Gesinnung, welcher ihn der Herr Reichskanzler nach seiner Rede vom 3. Mai, auf Grund der Kommissionsverhandlungen, fähig zu halten scheine, und rechtfertigte ferner seine angegriffene Aeußerung über die Rücksichten, welche das Parteiinteresse des Zentrums erfordere. Die Ausführungen der Herr Reichskanzler neulich seinen Worten gegeben, sei eine durchaus willkürliche. Die Uebersetzung ins Deutsche, welche der Herr Reichskanzler gegeben, sei keine Uebersetzung ins Deutsche, sondern eine solche ins schlechteste „Bismarck'sche". An Patriotismus werde er (Redner) sich von Keinem übertreffen lassen! Den Spieß, den der Herr Reichskanzler gegen ihn gerichtet, wolle er in einer sachlichen Debatte nicht umkehren, obwohl es sehr leicht wäre! — Er seinerseits habe in der Kommission immer darauf gedrungen, daß der Militairverwaltung der breiteste Raum gelassen werde, ihre Bedenken zu beweisen. Aber was vorgebracht sei, hätte schließlich nicht genügt. Denn 1. sei dasselbe vorgebracht, was für alle Militairvorlagen angeführt sei; 2. wären die Darlegungen weit über das thatsächlich Geforderte hinausgegangen; 3. wäre nicht einmal der Versuch gemacht, den Beweis anzutreten, daß das Geforderte auch wirklich den beabsichtigten Zweck erfüllen werde. Der Herr Reichskanzler trete auch in dieser Vorlage mit seinen eigenen früheren Aeußerungen in Widerspruch. Mit der jetzt vom Reichskanzler ausgegebenen Wahlparole erleichtere er gerade dem Zentrum den Wahlkampf. Von wesentlicher Bedeutung bei Würdigung der Vorlage sei es, die volkswirthschaftlichen und finanziellen Gesichtspunkte nicht außer Augen zu lassen. In einem Augenblicke der wirthschaftlichen Nothlage aber sei es unpolitisch, eine solche Vorlage einzubringen. Die Behauptung, daß es sich bei dieser Vorlage um Ehre, Dasein und Zukunft des Vaterlandes handle, könne man auch nur als eine Uebertreibung bezeichnen. Wenn man indeß wirklich eine solche Vorlage nothwendig gehalten, hätte man vorher für eine Deckung sorgen müssen. Die Zentrumsfraktion stimme so sehr aus ihrer eigenen Ueberzeugung heraus, wie der Frhr. v. Stumm, der gestern behauptet, daß die Zentrumsmitglieder nur aus Furcht vor der Volksstimmung gegen die Vorlage stimmten. Von einem möglichen Verfassungsbruch dürfe man im deutschen Reichstage überhaupt nicht reden. Seine Freunde kämpften als ehrliche Deutsche auf dem unerschütterlichen Boden der Verfassung! Reichskanzler Graf Caprivi erwiderte, daß er seine Angriffe gegen den Antrag, der früher den Namen des Abg. Lieber getragen habe, sowie gegen die Person des Abg. Lieber gerichtet habe, der aber nicht die katholische Kirche sei und nicht das ganze Zentrum repräsentire. Die Auffassung, welche er der Reichskanzler) über die Abschaffenburger Rede des Herrn Lieber geäußert, müsse er trotz dessen Widerspruchs aufrecht erhalten. Die Militairvorlage hätte mit anderen Gründen, als geschehen, gar nicht motivirt werden können. Die Forderung des Abg. Lieber nach einer Garantie dafür, daß nach Annahme der Vorlage die Russen nicht nach Berlin kommen würden, zeuge von einer absoluten Unkenntniß militairischer Dinge. Die Behauptung, daß unsere Ehre, unser Dasein und unsere Zukunft gefährdet seien, wäre mit nichten eine Uebertreibung. Der Herr Reichskanzler wies dann auch einige andere Ausführungen des Vorredners als unberechtigt zurück und wies nach, daß der Antrag des Grafen Preysing für unsere Armee nicht stärken, sondern schwächen würde; derselbe sei also für die verbündeten Regierungen unannehmbar; er würde es daher für seine unabweisbare Pflicht halten, solchen Antrag aufs Entschiedenste zu bekämpfen. (Bravo!) — Abg. Dr. v. Bennigsen konstatirte, daß seine nationalliberalen Freunde geschlossen für den Antrag v. Huene stimmen würden, und bemerkte, daß ein Theil derselben auch für die Regierungsvorlage gestimmt haben würde. Mit Befriedigung sei die gestrige Erklärung des Herrn Reichskanzlers aufzunehmen, daß der Antrag v. Huene, und nicht die Regierungsvorlage event. bei den Wahlen die Parole bilden werde. Der Antrag v. Huene gehe allerdings über seinen (des Redners) eigenen Antrag hinaus, enthalte aber doch noch viel größere Abminderungen der Vorlage, als es Abg. Richter anerkennen wolle. Seit sechs Monaten gebe der Reichstag dem Volke das unerfreuliche Bild, daß keine Verständigung über eine Vorlage zu erzielen gewesen, welche eine wichtige Lebensfrage der Nation regele. Selten sei es gelungen, die Verstimmung im Volke über die Vorlage in dem Grade zu erregen, wie in diesem Falle. Die Annahme der früher schließlich begehrten zweijährigen Dienstzeit würde von gewissen Bedingungen und Voraussetzungen abhängig gemacht. Das ganze Verhalten erinnere an unsere frühere Kleinstaaterei. Aufgabe und Pflicht aller politischen Männer werde es sein, in Wort und Schrift dahin zu wirken, daß Theorie und Einzelinteressen bei den großen nationalen Fragen, wie in anderen Ländern, ganz in den Hintergrund treten. Die Stimmung des Volkes sei der Vorlage in neuester Zeit immer günstiger geworden. Trotz der Behauptung des Abg. Richter bedeute dieselbe allerdings eine erhebliche Erleichterung des Volkes. Der Hauptgrund, weshalb wir militairisch stärker gerüstet sein müßten, als Frankreich, liege darin, daß unsere Bevölkerung 11 Millionen stärker sei, als die Frankreichs. Die Franzosen seien kein ihrer ganzen Natur und militairischen Eigelkeit nicht im Stande, den Verlust von Elsaß-Lothringen und unsere Siege von Metz, Sedan und Paris je zu vergessen! Es sei daher gut, daß die Franzosen sehen, daß die Deutschen nichts versäumen, um sich kriegstüchtig zu erhalten. Wenn es dem deutschen Reichstage zur Zeit an Einfluß fehle, so liege es in dem zersplitterten Parteiwesen und demzufolge im Mangel einer festen Majorität. Das Parteiinteresse sollte aber niemals über das Wohl des Vaterlandes gestellt werden. Im innersten Kern sei unser deutsches Volk noch so gesund, wie irgend ein anderes. Für die Heilung der bestehenden Schäden zu sorgen, seien vor Allem die Vertreter der Nation berufen. Gegenüber der bestehenden großen militairischen Autorität in Deutschland werde der Reichstag einen Widerstand gegen die Regierung in diesen Dingen nicht durchsetzen. Und da die Regierung so weit nachgegeben habe, so müßte Jeder aus eigener Verantwortlichkeit und Ueberzeugung für die Vorlage stimmen, damit durch Ablehnung derselben kein dauernder Schaden erwachse. Wenn aber wirklich die Annahme jetzt nicht erfolgen sollte, so werde es hoffentlich doch im nächsten Reichstage geschehen. (Lebhaftes Bravo.) Bei Schluß des Berichts hat Abg. Payer das Wort.

In der demokratischen Presse beginnt bereits das Scherbengericht über diejenigen Mitglieder der deutschfreisinnigen Reichstagsfraktion, welchen in Sachen der **Militairvorlage** von jener Seite eine „schwankende" Haltung vorgeworfen wird. Abgesehen von viel schärfer zugespitzten persönlichen Ausfällen in einem Theil der Berliner Blätter — die anderen, die eigentlichen Fraktionsorgane, halten sich noch zurück —, läßt folgende Auslassung der „Frankfurter Zeitung" erkennen, wohin man die Urtheilsfällung zu lenken wünscht:

„Die deutschfreisinnige Partei dürfte nach der neuesten Wendung der „Verständigungs"-Lüsternen äußerlich geschlossen bleiben, aber die Abrechnung des Herrn Richter mit denen um Hinze wird voraussichtlich doch nicht ausbleiben. Man kann es allerdings dem deutschfreisinnigen Führer nicht übel nehmen, wenn er darauf hält, sich endlich einmal mit den unsicheren Kantonisten, die die Partei schon bei so mancher Gelegenheit gründlich diskreditirt haben, auseinander zu setzen, wozu die Neuwahlen ja die beste Gelegenheit geben."

Inzwischen „berubigt" die „Freisinnige Zeitung" des Abg. E. Richter ihre Freunde im Lande dahin:

„daß, wie die Fraktionssitzung am Mittwoch Abend festgestellt hat, aus der freisinnigen Partei nur ein oder höchstens zwei Mitglieder für den Antrag Huene stimmen werden. Die gegentheilige Auffassung außerhalb des Reichstags ist dadurch entstanden, daß man die Voten in der Fraktion gegen die Wiedereinbringung des Kommissionsantrages Richter und die fehlenden Unterschriften unter dem Fraktionsantrag falsch auslegte. Weder war aus jener Fraktionsabstimmung ein Schluß zu ziehen auf eine Zustimmung zum Antrag Huene, noch befunden die fehlenden Unterschriften an sich einen Dissens zu dem Fraktionsantrag. Der Fraktionsantrag ist unmittelbar nach Schluß der Sitzung im Bureau des Reichstags abgegeben worden. An demselben Tage, als einem sitzungsfreien Montag, fehlten noch viele Fraktionsmitglieder in Berlin. Auch hielt man sich ohne besondere Ermächtigung in diesem wichtigen Falle nicht für befugt, die Namen von Mitgliedern, welche in der Fraktion nicht anwesend waren, als Unterzeichner des Antrages hinzuzufügen."

Diese Entschuldigung ist nach dem vorher von deutschfreisinniger Seite selbst Gemeldeten so durchsichtig, daß sie nicht einmal den „Vorwärts" übergeht. Das sozialdemokratische Blatt bezweifelt die Richtigkeit der gestern mitgetheilten Meldung der „Voss. Ztg.", daß die Fraktion am Mittwoch Abend beschlossen habe, geschlossen gegen den Antrag Huene zu stimmen und meint: Abwarten!

Nichtig dürfte Herr Bebel die Stimmung gewisser Kreise gezeichnet haben, wenn er in seiner gestrigen Rede — wir zitiren nach dem „Vorwärts" — sagte:

„Wenn es auf die freie Entschließung der Mehrheit dieses Hauses ankommt, so würde die Regierungsvorlage bewilligt. Was sie aber abhält, ist die Angst vor ihren Wählern".

Dazu rief die Linke „sehr richtig"; aber die „National Zeitung" hat doch wohl nicht unrecht, wenn sie sagt:

„Welch' eine Auffassung der parlamentarischen Pflicht aber ist dies! Jeder Abgeordnete, der die Heeresverstärkung als nothwendig für die Sicherheit des Vaterlandes erachtet, muß dafür nöthigenfalls sein Mandat und ebenso die Existenz seiner Fraktion in die Schanze schlagen; wer anders handelt, wird mitverantwortlich für mögliches, unabsehbares Unheil der Zukunft. Die jüngste Ersatzwahl in Dortmund macht es nebenbei höchst zweifelhaft, ob in diesem Falle die politische Feigheit nicht sogar auf einer falschen Beurtheilung der Stimmung der Wähler beruht. Doch hierauf kommt gar nichts an: es heißt jetzt, seine Pflicht thun und das Uebrige den Zwarten. Ueber diese Pflichterfüllung bestehen allerdings im Reichstage von 1890 abfonderliche Vorstellungen; sollen es doch, nach einer in demselben verbreiteten Angabe, speziell die badischen Klerikalen gewesen sein, welche das Erscheinen der „wilden" Elsaß-Lothringer behufs sicherer Verwerfung der Heeresverstärkung bewirkt haben. Deutsche Volksvertreter aus Baden — wo man so lange unter den französischen Kanonen von Straßburg gelebt hat und die Trümmer des Heidelberger Schlosses vor Augen hat!"

Daß übrigens die Stimmung in den Kreisen der freisinnigen Wähler sich keineswegs mit derjenigen deckt, die Herr Bebel voraussetzt, ergiebt eine gerade jetzt doppelt bezeichnende Auslassung der „Weser-Zeitung":

„Aus den freisinnigen Kreisen, die uns umgeben, können wir seit Wochen und Monaten die zunehmende Neigung konstatiren, für die Wehrhaftigkeit und Sicherheit des Vaterlandes große Opfer zu bringen, und die Sorge um die schwere materielle Last dieser Rüstungen ist mehr und mehr zurückgetreten hinter einer noch größeren Sorge, nämlich der unbedingt zuverlässigen Abwehr aller Kriegsgefahren, die unser junges, kaum fest begründetes Reich bedrohen. Wohl ist es Sache der Volksvertretung, die im engeren Sinne produktiven Kräfte der Nation gegen alle über das Ziel hinausschießenden Zumuthungen der Militairverwaltung in Schutz zu nehmen. Wohl ist es richtig, daß die nachhaltige wirthschaftliche Kraft ebenfalls ein unerläßlicher Bestandtheil unserer Wehrfähigkeit ist. Aber wie soll man das Ziel erkennen, über das nicht hinausgeschossen werden darf? Wie anders als durch einen langen und eingehenden Meinungsaustausch zwischen militairischen Fachleuten und Abgeordneten und Zeitungen? Dieser Kampf ist unstreitig so verlaufen, daß die Militairverwaltung mit wachsender Ueberzeugungskraft die Nothwendigkeit erheblicher Verstärkungen dargethan hat. Ihre Argumente und Gutachten haben sich Bahn gebrochen, und vor Allem hat sie die bona fides für ihr Unternehmen für sich, weil sie dem populairen Verlangen und der wirthschaftlichen Leistungsfähigkeit ein ihr gewiß sehr sauer ankommendes Zugeständniß macht: die zweijährige Dienstzeit... Dies Alles berücksichtigt zu haben, gereicht dem kleinen Bruchtheil des Reichstags, der jetzt einschwenkt, zur Ehre. Ganz besonders freut es uns, daß ein Theil der Freisinnigen sich jetzt dem Mißtrauen entheiligt... Wir hoffen, daß die auf das Kompromiß eingehenden Leute zahlreich genug sind, um ihm die Mehrheit zu sichern. Das glauben wir, soweit unsere Kenntnisse reichen, versichern zu können, daß ihnen ihre Wählerschaft, von Ausnahmen natürlich abgesehen, nicht darüber grollen wird, sondern daß sie ihre muthige und patriotische That anerkennen wird."

Den etwaigen „Rückfall" aber, wie wird den die so gepriesene Wählerschaft beurtheilen?

In den Blättern finden sich bereits bemerkenswerthe Vorzeichen der allenfalls bevorstehenden **Wahlagitation.** Allen voran führen die sozialdemokratischen Organe das schwerste Geschütz ins Gefecht, aber auch die Organe der bürgerlichen und im Besonderen die der klerikalen Demokratie lassen erkennen, daß an Wühlerei und Hetzerei bisher Unerreichtes geleistet werden soll. Die Wähler werden Mühe haben, ihre Köpfe klar zu halten. Die Agitation scheint sich nach der neueren Zeit beliebten Methode mit Vorliebe auf persönliche Anrempeleien werfen zu wollen, von denen das „Regensburger Morgenblatt", ein bekanntes Zentrumsorgan, in einem „Huene, Militairvorlage und Zentrum" überschriebenen Artikel ein hübsches Pröbchen liefert, indem es darin sagt, durch Herrn v. Huene sei das Zentrum vernichtet. Auf seinen Grabstein gehören die Worte: „Vom Feinde nie besiegt — aber von Herrn von Huene gemordet."

Leider hat „Hddur" an derartigen Hetzphrasen viel mehr Vergnügen, als an Worten der Wahrheit, wie solche z. B. die „Köln. Ztg." bei Besprechung der letzten Vorgänge im Reichstage u. A. dahin ausspricht:

„Der Fraktionszwang ist eben im deutschen Parlament eine Macht, die zu durchbrechen bisher noch nicht gelungen ist. Nicht das Vaterland, das Interesse für die Fraktion ist für viele Abgeordnete noch heute der eigentliche Maßstab ihres Handelns."

Die durch die Blätter gehende Nachricht, der Staatssekretair des Reichs-Postamts werde sich nach **Königsberg** begeben, um wegen der Schwierigkeiten zu verhandeln, welche der Herstellung der Fernsprechverbindung mit Berlin in Königsberg bereitet werden, entbehrt der Begründung.

Rundschau im Auslande.

Das Auftreten des **französischen** Min präsidenten Dupuy gegenüber den Rabi bei Gelegenheit der Affaire Baudin hat „äußerste Linke" und ihre Presse in die h Wuth versetzt. Ein radikales Journal f ein „gouvernement à poigne" sei erfor das die Polizei zu allen Brutalitäten muthige; ein anderes spricht von der Füßen getretenen parlamentarischen Immun ein drittes meint, eine Kammer, die im St sei, durch Uebergang zur Tagesordnung Verhalten eines solchen Ministeriums billigen, sei reif für einen 18. Brum u. s. w. Einige radikale Blätter wollen gegenüber die Mäßigung rühmen, deren der citoyen Baudin in der Kammer be habe, als er über die ihm seitens der P widerfahrene „brutale Behandlung" Besch führte. Mit dieser Mäßigung hatte es fr eine eigene Bewandtniß. Baudin riß an gewaltig den Mund auf, sah sich aber anlaßt, bedeutend kleinlauter zu werden, dem der Minister den Thatbestand nach Polizeirapporten klar und bündig darge und ebenso kurz als kategorisch erklärt h daß er das Vorgehen der Sicherheitsbeh durchaus billige. Dieser Baudin bel seit einigen Jahren das Geschäft gewerbsmäßigen Verhetzers. Wo ir eine Zwistigkeit zwischen Arbeitern Unternehmern ausbrach, die größere mensionen annehmen konnte, da war Be zur Stelle, um die Sache „in die Han nehmen". Besonders glänzend entfaltet seine Talente in Carmaux, wo er auch Triumph erlebte, daß das Kabinet Loube seinen Drohungen ängstlich zurückwich. Herr Dupuy, dessen Kabinet i. J. als ein Radikalismus freundlich gesinntes begrüßt w Ruhestörer beim Kragen nehmen läßt, wenn sie früher seiner Kammerfraktion gestanden haben sollten, das kommt den dikalen wahrhaft verblüffend vor. Allem scheine nach werden sie dem Kabinet f ihre Unterstützung entziehen. Das Ministe wäre dann darauf angewiesen, von recht seine Majorität zu vervollständigen.

Die Aussicht auf das allgemeine St recht in **Belgien** beginnt bereits au Talente, welche den Beruf zum Agitato sich zu tragen glauben, einen verlockenden auszuüben. Auch in Brüssel zählt man unter den Sozialistenführern einen Milli Es ist der bei den Straßenkundgebungen letzten Zeit öfters erwähnte Edmond Pic über dessen Lebenslauf die „Allg. Ztg." folgende Mittheilung macht:

„Edmond Picard, welcher gegenwärtig 57. Lebensjahre steht, und der während der Arbeiterunruhen wegen seines aufreizenden Tr seitweise hinter Schloß und Riegel gesetzt w stammt aus einer vornehmen Richterfamilie u warb sich als ausgezeichneter, gewandter Advok Kassationshof ein nach Millionen zählendes mögen, das er durch eine reiche Heirath noch größerte. Seine persönlichen Neigungen sind weniger als sozialistisch. Denn Picard e einen wahren Palast in dem aristokrat Leopoldviertel, und läßt sich von livrierten dienten in Kniehosen und Wadenstrümpfen fe Seine Sozialdemokratie ist denn auch sehr j Ursprungs, denn bevor Picard sein sozialdem sches Herz entdeckte, gehörte er hinterei nander volitischen Parteien Belgiens an, und versuchte allen möglichen Fahnen, aber immer vergebens Parlament zu gelangen. Ursprünglich war mäßigt-liberal, dann radikal, und bis in die Zeit — klerikal, und als solcher der Rathgeb Vertrauensmann des Ministeriums Beer welches ihn sogar zum Präsidenten des Staats machen wollte. Der Arbeiterführer ist die i aber schwerlich die letzte Inkarnation dieses schen Chamäleons, und gleichzeitig die gefähr Denn unstreitig überragt Picard an Geist und redsamkeit die Mehrzahl der sozialistischen „Gr welche unsere Arbeiter am Gängelbande führe kann daher als Agitator eine sehr verde Thätigkeit entfalten."

Im **englischen** Unterhause gab Parlamentssekretair des Kolonialamtes, B auf eine Anfrage die Erklärung ab, i zwischen Loch und Krüger stattgehabten K renz bezüglich des Swazilandes sei Grundlagen für ein die Interessen aller teien berücksichtigendes Abkommen festg worden. Kein Arrangement werde abgesch werden, welches die Eingeborenen des S landes ohne deren Zustimmung binde. Rechte der Swazis müßten völlig gewahrt geschützt werden. Ueberdies müsse die abhängigkeit des Tongolandes gewahrt den und die Delagoabai in der bisher Position bleiben.

Ein britischer Konsularbeamter sc aus **Jerusalem**, daß die der Einwandr von Juden in Palästina in den Weg ge Hindernisse andauern, daß aber die Lage selben, Dank christlicher Hülfe, sich wes gebessert habe. Im Uebrigen seien Schätzungen der in Palästina lebenden J stark übertrieben. In Jerusalem lebten mehr als 25—30 000 Juden und in Palästina nicht mehr als 43 000, wä bisher die Zahl irrthümlich mit 100—16 angenommen wurde.

Nach Meldungen des „Matin" sollen **siamesischen** Truppen nach Räumung linken Ufers des Mekong eine Offensivbewe ausgeführt und 3000 Mann an die G von Anam gesandt haben.